

## Macrons 'komplexes Denken' - und seine sehr simple bonapartistische Regierungstechnik

Walther, Rudolf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Walther, R. (2018). Macrons 'komplexes Denken' - und seine sehr simple bonapartistische Regierungstechnik. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 38(147), 63-73. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-77127-2>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Rudolf Walther

## Macrons „komplexes Denken“ – und seine sehr simple bonapartistische Regierungstechnik

Den Begriffen „Bonapartismus“ und „Populismus“ ist gemeinsam, dass sie quer durch die Geschichte der Gesellschafts- und Herrschaftsformationen ziemlich beliebig verwendbar sind. Für Leo Trotzki etwa fallen die Präsidialregimes unter den Reichskanzlern Brüning und von Papen ebenso unter den Begriff „Bonapartismus“ wie die Diktaturen Stalins, Hitlers, Bismarcks Herrschaft oder des „österreichischen Bonapartismus“. Die Enthistorisierung und Verallgemeinerung des Begriffs ist nicht Marx zuzurechnen, der in seiner Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon“ (1852) eine historisch-politisch und sozialstrukturell präzise beschriebene, autokratische Gesellschaftsformation meinte.<sup>1</sup>

Wenn im Folgenden von „bonapartistischen Tendenzen“ oder „bonapartistischer Regierungstechnik“ in Frankreich die Rede ist, ist also nicht eine theoretisch anspruchsvoll begründete Gesellschaftsformation im Sinne von Marx gemeint, sondern ganz pragmatisch-deskriptiv nur das Charakteristische am Regierungshandeln unter den Verhältnissen und den Vorgaben der französischen Verfassung von 1958. In dieser pragmatisch-deskriptiven Perspektive verzichtet die folgende Analyse mit Bedacht auf Begriffsklötze der größeren Art von „Arbeit“ über „Demokratie“, „Hegemonie“ und „Herrschaft“ bis zu „Macht“, „Subjektivität“, „Klasse“ und „Volk“, wie sie für jede anspruchsvolle Gesellschaftsanalyse unverzichtbar, aber auch gefährlich verallgemeinernd sind.

### Empiriefreie Verallgemeinerungen und brachialer Determinismus

In Verallgemeinerungen verliert sich, wer unhandliche Begriffe wie „Norm“, „Macht“, „Herrschaft“ oder „Gewalt“ zu Pulver mahlt, um sie der Einfachheit

---

<sup>1</sup> Marx, Karl: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW Bd. 8 (1972), 110 ff. Die beste Ausgabe: Karl Marx, 2007: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Kommentar von Hauke Brunkhorst, Frankfurt.

halber synonym verwenden zu können – zum Beispiel so als ob verbale Attacken und manifeste körperliche Angriffe in etwa dasselbe wären – etwa „Gewalt“. Das mündet zwangsläufig in einen grobianischen sozialen Determinismus, wie ihn jüngst Didier Eribon in seinem Bestseller „Rückkehr nach Reims“ exemplarisch vorführte.

Mit seinen empiriefreien Spekulationen zum Zusammenhang von „Gender“ und sozialer Herkunft kam er zur These, Bourdieu sei Soziologe geworden, weil er heterosexuell und bäuerlicher Herkunft gewesen sei, während Foucault wegen seiner Homosexualität und städtisch-bürgerlichen Abstammung bei der Philosophie gelandet sei. Das ist die intellektuelle Schwundstufe von geschlechter- bzw. sexualtheoretisch ambitioniertem Schwachsinn, der auf feingemahlten Begriffen beruht, die – lange geknetet und gut gewässert – als dünner Theorieteig im akademischen wie im Kulturbetrieb zu „Theorien“ und „Ansätzen“ schnellgebacken werden.

Auffranzösische Verhältnisse bezogen, heißt das etwa: So wenig Marine Le Pens Partei „die“ Kommunisten als Wählerschaft gewonnen hat, wie sich die deutschen Feuilletons den Familienroman „Rückkehr nach Reims“ von Didier Eribon für den deutschen Hausgebrauch zurechtlegten oder „die Hälfte der Französischen Arbeiter“ den „Front National“ gewählt haben, wie Claus Leggewie aus gehöriger Distanz zu den Realitäten spekulierete<sup>2</sup>, so wenig mobilisierten Alexander Gauland und Alice Weidel bei den letzten Bundestagswahlen „die“ sprichwörtlichen Malocher an Rhein und Ruhr, „die“ Linken aus Ostdeutschland oder „die“ enttäuschten Sozialdemokraten.

### Bonapartistische Tendenzen in Macrons Regierungstechnik

Bonapartistische Tendenzen in der französischen Politik der Gegenwart kann man bei Marine Le Pen, der Rechtspopulistin und Chefin des „Front National“, wie auch beim französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und seiner Bewegung „La République en marche“ (LRM) feststellen. Aber in beiden Fällen geht es nicht um den autokratischen Bonapartismus, wie ihn Marx analysiert hat, sondern nur um eine demokratisch kostümierte Regierungstechnik, die sich französischen Traditionen verdankt, insbesondere der Verfassung der V. Republik.

Der rechtspopulistische Populismus Marine Le Pens ist hier nicht das Thema, denn ihre angeblich bevorstehende Präsidentschaft beschworen fast nur deutsche

2 taz vom 17.1.2017.

Medien. Gegen Marine Le Pen hätte auch „ein Pferd gewonnen“ (Alfred Grosser). Ihre Chancen, gegen Macron zu gewinnen oder auch gegen den im ersten Wahlgang ausgeschiedenen François Fillon, war eine Blase, wie sie nur das deutsche Feuilleton hervorbringen konnte.<sup>3</sup> Insofern ist es auch gar nicht sinnvoll, den Begriff Bonapartismus auf sie und ihre Partei zu übertragen, denn der Begriff Bonapartismus bleibt in allen Varianten auf das Regieren bezogen. Der bonapartistischen Regierungstechnik bedient sich bravourös der amtierende Staatspräsident Macron, der in der Nationalversammlung über eine absolute Mehrheit verfügt und die beiden früher dominierenden Parteien – die Konservativen und ihre Partei „Les républicains“ (LR) sowie die Sozialisten des „Parti socialiste“ (PS), neuerdings „Nouvelle Gauche“ marginalisierte, letztere förmlich dezimierte: von 293 blieben den Sozialisten ganze 30 Sitze im Parlament.

Die folgende Darstellung beschränkt sich auf die Analyse des Trends zu einer heuristisch neoliberal genannten bonapartistischen Regierungstechnik unter Mitwirkung der Bewegung „En marche“, Macrons Mitmarschierern im Parlament und in der Gesellschaft. Es geht hier also, vereinfacht gesagt, um eine Art „Bonapartismus light“.

### Linke Fehldeutungen von Macrons Erfolg

Macrons Erfolg beruht auf vielen Faktoren, aber mit Sicherheit nicht darauf, dass er eine sozial bestimmbare Wählergruppe, Klasse oder Schicht für sich und seine Mitmarschierer mobilisieren konnte. Eine österreichische Philosophin und der Chefreporter der taz gelangten im Kurzschluss von dieser ganz trivialen Einsicht zur „Erklärung“, Macrons Bewegung sei kein Kollektiv, sondern eine Formation von „Nichtgleichen“, womit die beiden meinen, „das Geheimnis des Macronismus“ gelüftet zu haben.<sup>4</sup> So als ob das Klientel, in dem jeder glaubt, „sein Ding“ zu drehen, aber faktisch nur dem neoliberalen Imperativ/Zeitgeist folgt, etwas mit „Nichtgleichheit“ zu tun hätte. Die „ihr Ding“ drehen, folgen dem gar nicht so stummen Zwang des kollektiven Konformismus der einfältigeren Art, der wie seine Vorgänger aus der Not eine Tugend macht. In den letzten 50 Jahren gab es

3 Bei der Frankfurter Buchmesse 2017 war Frankreich Gastland, und Macron eröffnete die Veranstaltung. Volker Breidecker schrieb dazu in der SZ vom 11.10.2017, „noch vor einem Jahr musste man befürchten, die Messe des Jahres 2017 könnte Madame Marie (!! ) Le Pen eröffnet werden.“

4 taz vom 29./30.7.2017 (Isolde Charim/Peter Unfried) sowie taz vom 20./21.8.2016 (Unfried).

keine nennenswerte soziale Bewegung, die auch nur annähernd einem Kollektiv von Gleichen geglichen hätte. Die soziale Bewegung der „Nichtgleichen“, von der das feuilleton-soziologische juste Milieu träumt, ist der aktuelle Sound von Betriebsidioten bzw. „identitätsprogressiven Kapitalisten“ (P. Unfried), die sich für Nonkonformisten halten. Das hatten wir schon ein paar Mal, nicht erst seit den Post-68ern, den Maoisten, den Punkern, den Hippies, den „sozial-ökologischen“ Klima-Aussteigern, den Tunixern oder der Generation Golf, um nur ein paar zu nennen.

### Macrons Erfolg und seine Regierungstechnik beruhen auf der Verfassung von 1958

Macrons Sieg stand lange vor der Wahl fest, weil das Wahlrecht und die Verfassung von 1958, die bonapartistische Züge trägt, Macrons Regierungstechnik, die sich diesen Zügen anschmiegt, entgegenkommen. Regierungstechniken sind etwas anderes als sozialstrukturell, politisch, religiös oder traditionell gegründete Interessenlagen von Wählern, die man nur grob vereinfachend Klassenlagen nennen kann, an denen sich Parteien und Regierende politisch mehr oder weniger stark orientieren.

Im Unterschied zum Bonapartismus, den man empirisch und theoretisch aufwendig analysieren kann, ist die bonapartistische Regierungstechnik im Rahmen der Verfassung von 1958 sozusagen mit bloßem Auge zu beobachten. Macron präsentiert sich als Garant des französischen Präsidentsystems, das sich demokratisch kostümiert hat und sich an die demokratischen Grundregeln – das allgemeine Wahlrecht und das Mehrheitsprinzip – hält, im Unterschied zu den historischen Bonapartismen. Dessen französische Spielart, wie sie die Verfassung von 1958 darstellt, enthält neben den demokratischen Grundregeln ein paar Spezialitäten, die den Regierenden den Schlüssel in die Hand geben, um den unabsehbaren Folgen der demokratischen Grundregeln durch die Hintertüre zu entkommen, d.h. die Grundregeln temporär zu unterlaufen oder zur Farce werden zu lassen. Im Gegensatz zum historischen, d.h. autoritär-antidemokratischen Bonapartismus droht die bonapartistische Regierungstechnik nicht mit Gewalt, sondern „nur“ mit dem temporären Ausnahmezustand und mit der Mobilisierung der vox populi mit Fernseh-Talk-Shows und Umfragen oder Volksbefragungen.

### Macrons Rhetorik: Schall und Rauch

Die Reden von Präsident Emmanuel Macron im Schloss Versailles und die Rede seines Premierministers Édouard Philippe im Juli in der Nationalversammlung hatten den Charakter von Rauchzeichen. Noch stärker gilt das für Macrons Rede vor der UN-Vollversammlung vom 19.9.2017, in der er „den“ Staaten „vollständiges Versagen“ in der Syrien-Krise vorwarf und nebenbei versprach, „die UNO neu zu erfinden“, und von seiner Rede in der Pariser Sorbonne am 25.9.2017, wo er „seine Universalformel zur Neufindung des Kontinents“ präsentierte, wie die FAZ vom 11.10.2017 ohne einen Hauch von Ironie berichtete. Macron selbst sprach wörtlich „nur“ von der „Neugründung eines souveränen, vereinten und demokratischen Europas.“ Solche Rauchzeichen sind, von Papstwahl abgesehen, etwa so verlässlich und haltbar wie die Weisheiten von Wetterfröschen oder Berichterstattern, die ihre Botschaften aus Körperhaltung, gefühlter Handschlagintensität und Kleidung der G-20-Politiker errahnen. Macrons Reden bestanden aus sprichwörtlichem Schall und Rauch. Philippes Rede bot immerhin ein klares Rauchzeichen an die Raucher. Angesichts der Zahl von Krebstoten soll der Preis für eine Packung Zigaretten schrittweise auf 10 Euro erhöht werden. Darüber freuen sich die Zigaretten-Schmuggler europaweit – vom privaten Stangenschmuggler bis zu den Professionellen, die das Geschäft mit Sattelschleppern betreiben.

Der französische Präsident und sein Premier bewegten sich im Ungefähren. Das gilt vor allem für Macrons Versailler Rede. Ob er sich dabei an der „State of Union“-Botschaft orientierte, die George Washington 1790 einführte, oder mehr an John F. Kennedy, dessen Phrase von 1961 er wörtlich wiederholte, ist ungewiss: „Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern danach, was Du für Dein Land tun kannst.“. Auf jeden Fall führt Macron eine monarchische Tradition fort, die im frühen 19. Jahrhundert Ludwig XVIII., Karl X., der Bürgerkönig Louis Philippe und Napoleon III. (ab 1861) pflegten: Die Ansprache an das Volk mittels einer Parlamentsrede, wobei die Parlamentarier keine Möglichkeit hatten, direkt zu antworten. Macrons Rede in der königlichen Staatsoperette von Versailles folgte dieser Inszenierung en détail. Auch er nahm das Parlament von oben und von unten in die Zange. Von oben verkündete der Präsident mit monarchisch-folkloristischen Allüren vage Zumutungen ans Parlament, und dem Volk versprach er, seinen Willen notfalls mit einem „appel au peuple“, d.h. einem Referendum, durchzudrücken. Der Historiker Grégoire Franconie sprach von der „Entbeinung“ des Parlaments vor laufenden Kameras.

## Macron nutzt das Mehrheitswahlrecht

Deutlich wird dieser Zangengriff bei der überfälligen Wahlrechtsreform. Das französische Mehrheitswahlrecht ist ein Schlüsselement der bonapartistischen Regierungstechnik. Bei der letzten Präsidentschaftswahl lag die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang unter 50 Prozent, auch weil der Sieger – dank des Mehrheitswahlrechts – schon lange feststand. Keine Chance für die Gegnerin Marine Le Pen. Jacques Chirac gewann in einer vergleichbaren politischen Konstellation gegen den Vater Le Pen 2002 glatte 82 Prozent der Stimmen, sein Schüler Macron musste sich mit 66 Prozent bescheiden und Marine Le Pen überholte ihren Vater deutlich. Louis Napoleon gewann 1848 die erste Präsidentschaftswahl mit allgemeinem Wahlrecht (für Männer) mit knapp 75 Prozent der Stimmen. Er präsentierte sich als Kandidat jenseits von links und rechts und für alle Franzosen. Eine Regierungstechnik mit Tradition.

Bereits im Präsidentschaftwahlkampf hatte Macron eine „Dosis Verhältniswahlrecht“ angekündigt, um die offensichtlichen demokratischen Defizite des Mehrheitswahlrechts zu lindern. Das wiederholte er jetzt in seiner Thronrede, ganz ohne Präzisierung. Er äußerte dafür den Wunsch nach effizienterer Parlamentsarbeit in der Manier eines Betriebsanierers („weniger, schnellere, bessere, billigere Gesetze“). Um das zu erreichen, will Macron die Zahl der Sitze in der Nationalversammlung um ein Drittel von 577 auf 400 und im Senat von 348 auf 230 verringern. Dem Parlament drohte Macron mit einem Referendum, falls es an seiner Selbstbeschränkung nicht willig mitwirke. Selbstherrlichkeit gegen Selbstbeschränkung – so läuft „effiziente Politik“ (Macron) im Zeichen der bonapartistischen Regierungstechnik.

## Effizienz auf Kosten der Demokratie

Der gelernte Banker kennt sich aus: wer die Rendite/Effizienz steigern will, muss hart durchgreifen, Personal umbesetzen oder noch besser gleich abbauen. So plant er, 200 Spitzenbeamte nach amerikanischem Vorbild auszutauschen und durch garantiert loyale Mitmarschierer zu ersetzen. Im Namen der Effizienz teilt er dem Premierminister einen Teil der gemeinsamen Chefberater zu, und auf „Effizienz“ setzt der Ex-Banker auch bei der Neugründung Europas, wie er sie in der Sorbonne-Rede skizzierte.

Was die angestrebte Effizienzsteigerung der parlamentarischen Arbeit betrifft, so vertraut Macron auf zweierlei: auf Richard Ferrand, den Chef der LRM-Parlamentsfraktion und auf sich selbst bzw. auf seinen Hang zum Autoritarismus. Richard Ferrand (Ex-Sozialist von der politischen Statur derer, die man in der

SPD nach dem Abgeordneten Karl Herold (1921–1977) Kanalarbeiter nannte) ist der parlamentarische Einpeitscher von Macrons parlamentarischen „Mitmarschierern“, nachdem er wegen Korruptionsverdachts als Minister aus der Regierung ausscheiden musste. Er führt die Fraktion mit eiserner Faust in Feldwebelmanier und hat sie auf Treue und Gefolgschaft dem Präsidenten gegenüber eingeschworen: Redefreiheit in der Fraktion, Schweigegebot in der Öffentlichkeit. Von diesem Parlament ist Widerspruch nicht zu befürchten. Ein Abgeordneter beschrieb seinen Auftrag offen damit, die Vorlagen der Regierung „möglichst schnell zu verabschieden“. Das Statut, das Ferrand der Fraktion verpasste, spottet der Idee vom „freien Mandat“. Änderungsanträge zu Regierungsvorlagen müssen die LRM-Abgeordneten dem Fraktionschef vorlegen, bevor sie sie einreichen dürfen. Die Unterstützung von Anträgen anderer Fraktionen ist schlicht untersagt. Die Vertrauensabstimmung vom 4. Juli gewann der Premierminister mit 370 Stimmen.

## Macrons Autoritarismus in der Verfassung vorgesehen

Macrons „Hang zum Autoritarismus“ hat selbst Michaela Wiegel erkannt, die sonst nur Lobtiefendes über den Mann zu berichten weiß.<sup>5</sup> Autoritäre Neigungen im vollen Ausmaß des verfassungsmäßig Erlaubten bewies Macron, als er den Generalstabschef Pierre de Villiers, der Kürzungen am Wehretat kritisierte, zuerst öffentlich abkanzerte wie seinen Laufburschen („Ich habe Entscheidungen getroffen. Ich bin Ihr Chef. Ich brauche keinerlei Druck oder Kommentar“) und dann zum Rücktritt zwang. Mehrere pensionierte Generäle, die nichts mehr zu befürchten haben, protestierten energisch gegen den „knabenhaften Autoritarismus“ (General Vincent Desportes), der das in der Demokratie unabdingbare gegenseitige Vertrauen von Politik und Militär zerstöre.

Die autoritäre Machtfülle des Präsidenten ist in der Verfassung der V. Republik vorgesehen. Macron bekennt sich offensiv dazu: „Ich glaube an die Institutionen der V. Republik und ich werde alles, was in meiner Macht liegt, tun, damit sie so funktionieren, wie der Geist, der sie hervorgebracht hat.“ Man kann das als Bekenntnis zur Verfassungstreue verstehen. Aber Macron ergänzte die Selbstverständlichkeit mit der Drohung, ihm werde es darum gehen, „etwas mehr Vertikalität zu akzeptieren. Denn die wahre Autorität besteht darin, sich die Ordnung der Dinge nicht von jenen aufdrängen zu lassen, die uns bestürmen. Wir müssen

<sup>5</sup> FAZ vom 3.8.2017.

die Herrschaft über unseren eigenen Fahrplan, über unsere eigenen Prinzipien behalten und nicht davon abweichen“.<sup>6</sup>

Das Kräfteverhältnis zwischen dem französischen Präsidenten und dem Premierminister weist momentan ein noch größeres Gefälle auf als in der Verfassung ohnehin vorgesehen. Der Premierminister ist ein General ohne Truppen und ohne Parteiapparat, denn die Loyalität der Parlamentsmehrheit der „Macronistes“ gilt dem präsidentialen Chef und nur ihm. Eine Macron-Partei besteht nur in rudimentärer Form. Zugespißt gesagt, sind die Mitmarschierer Macrons Geschöpfe und „Zuarbeiter“. Als Macrons Umfragewerte dramatisch einbrachen, wandte sich „Jupiter“ mit einem Appell an „seine“ Abgeordneten: „Ich möchte sie in den Morgensendungen (des Fernsehens, RW) sehen, Sie müssen eine Bilanz verteidigen, auf Sie stolz sein dürfen“.

### Arbeitsrechtreform nach Gutsherrenart

Ein Musterbeispiel für die Kombination von Autoritarismus und bonapartistischer Regierungstechnik ist die Durchsetzung der Arbeitsrechtsreform. Macron, mittlerweile Staatspräsident und von der Parole „Effizienz“ als Imperativ politischen Handelns überzeugt, unternahm den zweiten Anlauf zur Arbeitsrechtsreform und kombinierte den Imperativ „Effizienz“ mit Bauernschläue. Macron, sein Premierminister Édouard Philippe und die neue Arbeitsministerin Myriam Pénicaud ließen die Nationalversammlung am 2. August ein Vollmachtengesetz mit 270 : 50 Stimmen abnicken, das der Regierung freie Hand gibt, die Arbeitsrechtsreform mit Dekreten („Ordonnances“) durchzusetzen, die den Status von Gesetzen erhalten, sobald sie vom Parlament ohne Diskussion und Änderungen en bloc ratifiziert werden.

Die Beratung des Vollmachtengesetzes wurde unmittelbar vor der Sommerpause angesetzt – in die Zeit des politischen Sommerlochs. Die Änderungsvorschläge der Opposition wurden im Parlament von der absoluten Mehrheit der Macron-Mitmarschierer diskussionslos abgebügelt. So läuft Demokratie im Effizienz-Modus.

Den genauen Inhalt der Dekrete erfuhr das Parlament erst am 31. August. Die Zwischenzeit nutzte die Arbeitsministerin Muriel Pénicaud für Verhandlungen mit den Sozialpartnern – Gewerkschaften und Unternehmerverbänden – hinter verschlossenen Türen, um das Protestpotential vorab zu neutralisieren. So gelang

<sup>6</sup> NZZ vom 25.7.2017.

es ihr, die drei großen Gewerkschaftsverbände zu spalten: nur die CGT kündigte prinzipielle Opposition und Protestdemonstrationen an. CFDT und FO äußerten milde Vorbehalte.

Die Reform bündelt auf 159 Seiten 36 Maßnahmen, die rund 3000 Seiten des unübersichtlichen und komplexen „Code du travail“ ersetzen sollen. Doch ganz schwere Brocken, etwa die 37 unterschiedlichen Rentensysteme und die neun Sozialhilfe-Regelungen, differenziert nach Bezugsgruppen, blieben dabei ebenso wenig berücksichtigt wie die sozialrechtlichen Normen für Beamte, unter denen Macron in fünf Jahren 120 000 Stellen streichen möchte. Dagegen demonstrierten Anfang Oktober alle Gewerkschaftsverbände gemeinsam.

Die Grundzüge der Arbeitsrechtsreform sind übersichtlich. Die Arbeitszeiten sollen auf betrieblicher Ebene geregelt und der Auftragslage angepasst werden können. Hindernisse bei der Entlassung entfallen, und Abfindungen für Entlassene werden im Namen unternehmerischer Flexibilität gedeckelt. Im Gegenzug erhalten Arbeitnehmer das Versprechen für mehr Sicherheit durch die Stärkung des „sozialen Dialogs“.

Dieser „Dialog“ wird erleichtert dadurch, dass Gewerkschaften in Betrieben bis zu 50 Beschäftigten – also in der Hälfte der privaten Unternehmen – nichts mehr zu sagen haben werden. Hier „verhandelt“ der Unternehmer mit einem von der Belegschaft gewählten Betriebsrat. Das ist mehr oder weniger ein Freibrief zur Errichtung eines „Herr-im-Haus-Regimes“, mit dem die Belegschaft mit Entlassungsdrohungen und fingierten Zahlenwerken über die Geschäftslage fast beliebig erpresst und getäuscht werden kann. „Le Monde“ (16.9.2017) spricht von einer „Refeudalisierung“ der sozialen Beziehungen durch die Reform.

Die Reform, die von einer Parlamentsmehrheit durchgewinkt wurde, der man nachsagt, sie sei repräsentativer zusammengesetzt als die von den alten Parteien dominierten, früheren Parlamente, ist faktisch ein Zusammenspiel von Technokratie und präsidentialem Autoritarismus und bonapartistischer Regierungstechnik: Die Technokraten in der Verwaltung hecken die Lösungen aus, und die Exekutive setzt sie mit Hilfe eines willigen Parlaments aus politischen Novizen und der Machtfülle des Präsidenten um. Im Namen der „Deregulierung“ werden so Individuen der Fremdherrschaft unerbittlicher Marktregeln ausgeliefert. Die Fesseln, von denen Macron das „verkrustete Frankreich“ befreien will, werden ersetzt durch effizientere im Sinne des Marktes. Macrons „Reform“ entfesselt Frankreich nur in dem Sinne, dass sie dem Land die Ketten des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells anlegt.

## Macrons „vornehme“ Ideologie

In seinen Reden bedient sich Macron der Geschichte als Transmissionsriemen und versteht seine Rolle als Politiker, „eine Ideologie im vornehmen Sinne des Wortes zu transportieren, eine gemeinsame Vision des Landes und seiner Werte“. Im Mittelpunkt von Macrons affirmativ verstandener „Ideologie“ steht „eine neue Form demokratischer Autorität“, die an die Stelle des seit dem Königsmord von 1793 verwaisten Throns treten sollte – also der demokratische Monarch, der schon im Wahlkampf den „Tod der politischen Parteien“ verkündete. Natürlich ist Macron kein geheimer Monarchist, der „zur unverschämten einfachen Herrschaft von Säbel und Knute“ zurückkehren möchte, sondern ein demokratisch geläuterter Bonapartist.<sup>7</sup>

Wie tot die politische Debatte in Frankreich bereits ist, erwies sich in der Diskussion über den seit November 2015 herrschenden Ausnahmezustand. Macron hat im Wahlkampf versprochen, den Ausnahmezustand zu beenden. Vorher verlängerte das Parlament allerdings mit der Mehrheit der „Mitmarschierer“ den Ausnahmezustand bis November 2017. Danach durfte es einem Gesetz zustimmen, das fast alle polizeilichen Extrakompetenzen, die der Ausnahmezustand hergibt – Wohnungsdurchsuchung ohne richterliche Entscheidung zu jeder Tages- und Nachtzeit, Ausgangssperren, Hausarrest, Sicherheitszonen etc. –, in einem Gesetz festschreibt. Das willige Parlament soll das Gesetz abnicken, oder es riskiert, dass der Präsident zur konstitutionell vorgesehenen Keule greift und das Gesetz per Dekret – am Parlament vorbei – in Kraft setzt. Einzig ein kommunistischer Abgeordneter erinnerte seine willigen Kollegen und den Präsidenten an demokratische Spielregeln: „Es sind die Abgeordneten, die das Gesetz machen. Der Präsident hat uns nicht zu sagen, was wir tun müssen.“ Dieses demokratisch sehr zweifelhafte Vorhaben könnte nur noch der „Conseil Constitutionnel“ (Verfassungsrat) stoppen angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament.

Regieren per Vollmachtengesetz oder direkt per Dekret nach Artikel 49/3 der Verfassung läuft in etwa auf dasselbe hinaus. Das Parlament wird legal umgangen oder ebenso legal ausgeschaltet. 1958, als die Verfassung de Gaulles für die V. Republik verabschiedet wurde, unterstellte François Mitterrand dem General, er etabliere damit „den Staatsstreich in Permanenz“. Das wird nicht falsch deshalb, weil Mitterrand selbst, als Präsident nach 1981, die Verfassungsspielräume zu nutzen wusste.

7 Marx, Der achtzehnte Brumaire (s. Anm. 1), S. 118.

Zur bonapartistischen Regierungstechnik gehört auch Macrons Umgang mit der Presse. Bis jetzt hat er der ausländischen Presse zwei Sammelinterviews gegeben und einem französischen Journalisten der Boulevard-Sonntagszeitung „Journal du Dimanche“ sowie dem konservativen Wochenblatt „Le Point“. Darin lobte er sich selbst, wie er Präsident Donald Trump eine Lektion zur Klimapolitik und zur Bekämpfung des Terrorismus erteilte: „Trump hat mir gesagt, dass er versuchen werde, in den nächsten Monaten eine Lösung zu finden“. Anfragen für ein Interview anderer Zeitungen beantwortete der Elyséesprecher mit dem Hinweis, das „komplexe Denken“ des Präsidenten eigne sich nicht für Frage-Antwort-Spielchen mit Journalisten. Macron wollte auch entscheiden, welche Journalisten ihn auf seiner Reise nach Mali begleiten durften. Das bewog sozusagen die gesamte französische Presse zu einem Protestschreiben an den Autokraten. Macrons Kommunikationsberaterin Sibeth Ndiaye bekannte öffentlich: „Ich stehe vollkommen dazu zu lügen, um den Präsidenten zu beschützen“. Auf Nachfragen des NZZ-Korrespondenten ging sie gar nicht erst ein.<sup>8</sup>

Marx' enge Fassung des Begriffs Bonapartismus ging davon aus, dass die Bourgeoisie auf die politische Herrschaft verzichte zugunsten eines autokratischen Herrschers, der sich auf ein soziales Konglomerat Deklassierter unter dem Namen „Lumpenproletariat“ stützte, das ihm dank des allgemeinen Wahlrechts und plebiszitärer Entscheidungen die Zustimmung einer Mehrheit verschafft habe. Dieser Begriff beruhte auf der Annahme, Interessen von sozialen Klassen oder Teilen davon beruhten auf „Arten des Eigentums“ (Marx) und setzten sich 1 : 1 in Politik um. Die Plausibilität und Evidenz eines so begründeten Konzepts kann nur durch empirisch orientierte, sozialhistorische Forschung erbracht werden. Unbrauchbar ist dagegen die seit Engels geläufige Verallgemeinerung des Begriffs Bonapartismus: „Der Bonapartismus ist doch die wahre Religion der modernen Bourgeoisie“.<sup>9</sup> Damit wurde eine historisch nachweisbare Gesellschaftsformation zur „normalen Form“ bürgerlicher Herrschaft verallgemeinert. Historisch spezifische Züge bürgerlicher Herrschaft verschwanden so im begrifflichen Nebel.

*Rudolf Walther, Oranienstr. 41, 65812 Bad Soden a.T.  
E-Mail: rudolf.walther@t-online.de*

8 NZZ vom 25.7.2017.

9 Engels an Marx, 13.4.1866, MEW Bd. 31 (1973), S. 208.